

## PRESSEMITTEILUNG

## SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

### Rathaus-SPD möchte Kinder- und Jugendbeteiligung ausweiten **Kinder und Jugendliche sollen bei der Stadtplanung stärker mitreden**

Die SPD-Stadträtinnen Claudia Arabackyj und Ilka Soldner greifen einen Impuls der Kinderkommission auf und möchten Kinder und Jugendliche noch stärker bei Stadtplanungsprojekten beteiligen. Sie fordern in einem Antrag an die Verwaltung, anstehende Maßnahmen auf die Möglichkeit zur Beteiligung von Kindern und/oder Jugendlichen zu prüfen und geeignete Projekte zu sammeln.

„In Kooperation mit dem Jugendamt und dem Kreisjugendring („laut!“) soll in einem ersten Schritt je ein Modellprojekt für eine Kinderbeteiligung und eine Jugendbeteiligung konzipiert werden. Ziel muss es sein, nach erfolgreicher Umsetzung weitere Projekt anzugehen“, erklären Arabackyj und Soldner.

Es gebe bereits praktische Beispiele, wie eine solche Kinder- bzw. Jugendbeteiligung bei Planungsprojekten aussehen könne, erklärt Soldner: So habe der Zweckverband Stadt-Umland-Bahn in Kooperation mit dem Stadtjugendring Erlangen zusammen mit Jugendlichen die StUB mit Lego-Steinen geplant. Und in Gebersdorf wurden Kinder und Jugendliche in einem Projekt des Kinder- und Jugendhauses z.punkt an der Weiterentwicklung des Stadtteils beteiligt: Unter anderem mithilfe des Computerspiels Minecraft haben sich hier die Gebersdorfer Kinder und Jugendlichen in den Stadtplanungsprozess eingebracht. Die Ergebnisse sollen im Herbst 2019 präsentiert werden.

Die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses Claudia Arabackyj und Ilka Soldner, Vorsitzende der Kinderkommission, betonen, dass Nürnberg bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nicht bei Null anfangen: Seit vielen Jahren werden in Nürnberg Kinder und Jugendliche an der Planung für Spielplätze oder Spielhöfe beteiligt. Der Anspruch, Kinder an der Planung ihrer Lebensräume zu beteiligen, hat damit einen hohen Stellenwert in der Stadt. Aus Sicht der Stadträtinnen ist Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aber eine Querschnittsaufgabe und darf deshalb nicht auf den Bereich Spielflächen begrenzt bleiben. Sie fordern, Kinder und Jugendliche projektbezogen zukünftig auch in weiteren Lebensbereichen zu beteiligen. Dies könnte z.B. bei der Neugestaltung von Straßenräumen oder Grünflächen, bei der Planung von Einrichtungsneubauten (Kinder- und Jugendhäuser, Horte), Schulen und neuen Stadtteilen oder in Stadterneuerungsgebieten sein. Schließlich seien Kinder und Jugendliche die besten Experten in eigener Sache. Projekte, in denen sich junge Menschen für ihre Interessen einsetzen können, fördern außerdem auch die politische Bildung, sind Arabackyj und Soldner überzeugt. Arabackyj weist außerdem darauf hin, dass „das Baugesetzbuch im Passus zur frühzeitigen und notwendigen Beteiligung der Öffentlichkeit explizit darauf hinweist, dass auch Kinder und Jugendliche Teil der Öffentlichkeit sind.“

Bei der Umsetzung könnten den Planungsexperten der Verwaltung die Fachkräfte des Kinder- und Jugendbeteiligungsformats „laut!“ und der Kinderkommission zur Seite stehen, schlägt Soldner vor. Darüber hinaus haben im vergangenen Jahr sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamts ihre Ausbildung zum / zur „ProzessmoderatorIn für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ erfolgreich

abgeschlossen. Eines der Teams hatte als Thema für sein Abschlussprojekt „Kinderbeteiligung an der Stadtplanung – Zukunftsbaustelle“ gewählt, berichtet Soldner.

Die genannten sieben MitarbeiterInnen und die Geschäftsführerin der Kinderkommission, die diese Ausbildung bereits zu einem früheren Zeitpunkt absolviert hat, sind in ihren eigentlichen Arbeitsbereichen im Jugendamt eingesetzt und es gibt noch kein abgesprochenes Verfahren, in welcher Form sie in referatsübergreifende Kinder- oder Jugendbeteiligungsprojekte eingebunden werden können.

Dies wollen Soldner und Arabackyj ändern und fordern deshalb die Stadtverwaltung auf, nach organisatorischen Möglichkeiten zu suchen, wie die ProzessmoderatorInnen des Jugendamtes zukünftig in die Querschnittsaufgabe Partizipation (im Bereich Stadtplanung, aber auch im Hinblick auf die Kulturhauptstadt-Bewerbung) für die Stadt gewinnbringend eingebunden werden können.

Nürnberg, 10. September 2019